

Cübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktägigen Bevölkerung

Der „Cübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (amher an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierjährlich 2.40 M., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telefon-Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die heingesetzte Zeitung oder deren Raum 25 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pf., einjährige Anzeigen 30 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 8.

Mittwoch, den 10. Januar 1917.

24. Jahrg.

Krisis in Russland.

So dürtig auch die Meldungen sind, die aus dem Kaiserreich zu uns gelangen, so scheint doch das eine aus ihnen hervorzugehen, daß das Land sich in einer schweren politischen Krise befindet. Minister kommen und gehen, unaufhörlich. Kaum hat ein neuer Mann einen Ministerposten eingenommen, so wird auch schon wieder an seinem Sturz gearbeitet. Über kurz oder lang muß auch er dann seinen Widersachern weichen. Jetzt soll auch die Stellung des Ministers des Innern, Protopopow, erschüttert sein und als sein Nachfolger wird niemand anders als der ehemalige Ministerpräsident Stürmer genannt, wie denn überhaupt angekündigt wird, daß in alernächster Zeit fast das gesamte Ministerium neu bekleidet werden würde.

Was hier für Kräfte am Werke sind, läßt sich aus der Ferne schwer beurteilen. Jedoch unterliegt es kaum einem Zweifel, daß es sich hier zum Teil auch um Wirkungen des deutlichen Friedensangebots handelt. Auffällig besteht in russischen Regierungskreisen die Absicht, eine Friedenskonferenz des Bierverbandes herbeizuführen. Das ließe den Schluss zu, daß Russland den Zeitpunkt für gekommen erachtet, die Kriegsziele des Bierverbandes endlich einmal genau festzulegen, um auch für den Frieden gerüstet zu sein. Bisher besteht darüber keineswegs Übereinstimmung.

Deutlicher als anderswo sind die politischen Erschütterungen des Riesenreiches in den Verhandlungen der Duma getreten. Nicht viel ist über die Verhandlungen zu uns gedrungen. Über das wenige sagt schon genug. Die einheitliche Kundgebung zur Fortführung des Krieges, die die Duma als Antwort auf das Friedensangebot der Mittelmächte beschloß, war das willen wir heute ein Bluff, der nur dadurch ermöglicht werden konnte, daß alle oppositionellen Abgeordneten, vornehmlich die Sozialdemokraten, von den Verhandlungen ausgeschlossen worden waren. Unsere Genossen haben durch den Mund Tschentefis nachdrücklich nachgeholt, was sie dazu zu sagen hatten. Deutlichkeit haben sie dabei nichts zu wünschen übrig gelassen.

Jetzt hat nun der Zar die Duma plötzlich bis zum 25. Januar nach Hause geschickt. Die Regierung hatte einen Gesetzentwurf auf Einführung der Zivildiplomatie eingebrochen, bei dessen Beratung es wieder heftige Angriffe auf die Regierung gab. Der Referent Savitsch erklärte, die Duma dürfe in dieser entscheidenden Frage der Regierung auf keinen Fall freie Hand lassen, denn wichtige Volksinteressen könnten dabei vernichtet werden. Miljutin erklärte: „Mit scheinheiligen Manövern suchen Trepow und Konsorten die Duma auszuschalten; aber wir dürfen nicht zurückweichen. Der Zar spricht mit klaren Worten von fünfjährigen Siegen, er verzögert dabei die Mängel, die abzustaffen sind, ehe der Sieg erreichbar wird. Die Nehrlichkeit der gegenwärtigen Zustände mit den Verhältnissen von 1905 sollte eine Warnung für die Regierung sein. Die Duma kann jederzeit vom Babelshausen abgelöst werden. Ein Gewitter zieht sich zusammen, wo es niedergehen wird, wissen wir nicht. Wir müssen darum auf dem Platz ausharren.“ Die Antwort der Regierung war die Vertragung der Duma, ihre Ausschaltung bis zum 25. Januar, bis zu welchem Tage die Regierung die Zivildiplomatie allein, ohne die Duma, durchzuführen gedenkt. Ob Trepow damit Erfolg hat, ist eine andere Frage. Zur Beruhigung wird er mit seinem Gewaltakt jedenfalls nicht beitragen.

In einer früheren Sitzung hat sich die Duma mit der Auskündigung des polnischen Abgeordneten Lempicki beschäftigt, wobei es ebenfalls zu heftigen Szenen kam. Die Abgeordneten Tschentefi, Tschedje, Kerenski und Janoschewitsch protestierten. Die Duma begehrte einen schlechthin illegalen Betrag, Lempicki werde nicht wegen einzjähriger Unwesenheit, sondern wegen seiner politischen Tätigkeit ausgeschlossen. Jeder wisse, daß die russische Regierung alle menschlichen und göttlichen Gezeuge möglich gegeben habe. Lempicki arbeite für Polens Unabhängigkeit, er sei ein polnischer Patriot. Wer die polnische Unabhängigkeit wünsche, könne nicht auf russischer Seite stehen. Lempicki verdient darum unsere Achtung. Wäre der Krieg ein Befreiungskrieg und nicht ein gemeiner Raubkrieg, wie wir glauben, müßte die Frage noch ganz anders entschieden werden. Die Duma hat sich wiederum mit Schande bedekt.“

So und ähnlich klingt es aus dem Lande des Zaren zu uns herüber. Erinnert man sich dazu noch der schweren Unruhen in Moskau, über die genaue Nachrichten immer noch nicht vorliegen, so hat man Unterlagen genug zur Rechtfertigung des Wortes, daß Russland schweren politischen Erschütterungen ausgesetzt ist. Ob beispielweise bei der Ermordung Rasputins nicht auch politische Motive ausschlaggebend waren, weiß man nicht. Unwahrscheinlich ist es durchaus nicht. Annehmen darf man nun freilich nicht, daß Russland am Vorabend einer Revolution stehe. So weit sind die Dinge noch lange nicht gediehen. Über auch für Russland gilt das Wort, daß es den Frieden braucht, so bald wie

möglich braucht.zieht sich der Krieg noch lange hin, so weiß die russische Regierung nicht, ob aus dem Feuer, das jetzt in den politischen Kreisen lodert, nicht ein Brand werden kann, der das ganze Land ergreift. Und das ist auch ein Stückchen Friedenshoffnung!

Die inneren Verhältnisse Russlands.

Der „Böll. Ita.“ wird von ihrem Stockholmer Korrespondenten gedreht. Gleichzeitig mit den Kongressen des Semitwoverbands und Städtebundes sollte in Moskau auch ein Kongress des russischen Kriegsindustriellenkomites tagen. Kurz vor Beginn der Sitzung wurde dem Kongress amtlich mitgeteilt, daß ein Vertreter des Moskauer Polizeipräsidiums den Sitzungen bewohnen würde.

Als dieser dann wirklich erschien, erklärte der Vorsitzende des Kongresses den verbliebenen Mitgliedern, er erachte eine Tagung unter polizeilicher Kontrolle für unmöglich, und unterbreite dem Kongress eine Resolution, die auch einstimmig angenommen und auf telegraphischem Wege dem Ministerpräsidenten und dem Präsidenten der Reichsduma übermittelt wurde. Diese Resolution findet die schärften Worte gegen die Regierung und schließt mit den Worten: „der Kongress drückt seine Überzeugung aus, daß die vom ganzen Volke geforderte Abänderung der gegenwärtigen Regierungsförderung erfolgen werde.“

Vom Tage.

Im Osten haben die Russen nördlich von Glazan einen kleinen Erfolg zu buchen; sie haben die auf unserer Karte ersichtliche Dünainsel bei Glazan, die bisher im deutschen Besitz war, zuverdängt.



Die Dünainsel bei Glazan

Über den nach fünfzigem, hartem Kampfe errungenen Sieg an der Putna wird amtlich vom Armee-Ober-Kommando berichtet: Der Sieg in der fünfzigten Schlacht an der Putna ist errungen. Der Gegner war in der von Natur starken und gut ausgebauten Stellung, deren Hauptspitze von Jundan und Kochani bildeten, anzugreifen. Nach Beendigung der Angriffsvoorbereitungen wurden am 4. Januar die Vorstellungen genommen. Am 5. Januar brachen deutsche Divisionen in den Brüderkampf von Jundan ein. Am 6. Januar setzte ein großangelegter, mit starken Massen geführter russischer Gegenangriff in 25 Kilometer Breite ein. Der Plan der Russen war, die Mitte der neunten Armee zu durchbrechen. Er scheiterte an dem zähnen Widerstande unserer Truppen und der Stosstruppe bewährter westpreußischer Bataillone. So den Feind zum Stehen brachten und die durch einen vorstoßenden Erfolg des Feindes geschlagene Lücke schlossen. So konnte der Angriff am 7. Januar fortgesetzt werden. Die unter den Generalmajoren Hüller und Meims und dem Feldmarschalleutnant Gottinger fechtenden deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen brachten in die Hochkampfstellung ein, stießen tief durch und überwanden die zweite Linie, während gleichzeitig die deutschen Gebirgsgruppen den Feind aus den Waldbergen des Dobrobit-Standes warfen. Damit war die Schlacht entschieden. Die Ritter und der linke Flügel der Milcov-Stellung war nicht mehr zu halten. Am 8. Januar fiel Bogdan als Siegespreis, sowie das gesamte rechte Putna-Lager in unsere Hand. Neben schweren, blutigen Verlusten kämpfte der Feind noch 99 Offiziere, über 5400 Gefangene, drei Geschütze und zehn Maschinengewehre ein.

Der Kriegsberichterstatter Friedrich Nowak meldet der „Tägl. Rundschau“ aus dem österreichischen Hauptquartier unter dem 9. des Monats: Die vollständige Südbefreiung der Dobrudja von den Russen bedeutet eine neue strategische Lage. Das mächtige nie zu überwindende Hindernis der breiten unteren Donau trennt die beiden Parteien. Diese Lage bedeutet sowiel, daß die dritte bulgarische Armee, die ihre Aufgabe hier vollständig gelöst hat, jetzt zum größten Teil für anderweitige Zwecke verfügbar wird. Unser Vordringen ist im ratslosen Fortschreiten. Jetzt sieht nicht nur Galatz, sondern auch Reni, sowie die beide bedeutende Handelsstädte verbindende Straße und Bahn im Bereich unseres Artilleriefeuers. Auch einer der wichtigsten Waffenplätze Rumäniens, das Marine-Arsenal von Galatz, ist unter Feuer. Die verbündete Donau-Armee steht am Serebry-Ufer.

Die Beute in Rumänien beträgt seit dem 1. Januar 14 186 Gefangene, 9 Geschütze und 80 Maschinengewehre.

Unter den Mitteilungen der neulich gegründeten „Gesellschaft für soziale Erforschung der Folgen des Krieges“ soll der Weltkrieg bis zur Abfassung des letzten Bulletins der Gesellschaft 4,6 Millionen Menschen in den kriegsführenden Ländern dahingestellt haben. Was die Vermundeten und Invaliden betrifft, geben die Berichte die Zahl der ersten auf 4,2 Millionen, die der letzteren auf 3,4 Millionen an. Dies alles erschöpft noch lange nicht alle Opfer des Krieges an Blut, denn diese könnten erst nach dem Kriege ermittelt werden. — Durchbare Opfer! Und da wollen die Gegner noch immer keinen Frieden! Kann es etwas unmenschlicheres geben?

Der „Reichsbote“, das sehr bekannte Berliner konservative Organ, veröffentlicht in seiner Nr. 6 vom 4. Januar 1917 auf der ersten Seite unter der Überschrift: „Die beste Antwort“ nachstehende Zeile:

„Auf unser Friedensangebot haben die feindlichen Mächte eine derart anmuthende Antwort gegeben, daß jeder weitere Wort von Seiten Deutschlands und seiner Verbündeten eine Selbstniedrigung wäre.“

Dagegen ist wohl eine Art der Antwort denkbar, die wundig und würdevoll zugleich wäre. Unsere Regierung sollte die eindeutige Angliederung Belgien an das Deutsche Reich aussprechen und sofort die Ordnung und Regelung der neuen Rechtslage in die Wege leiten.

In welcher Form die Angliederung stattfindet — darauf kommt vorläufig nicht viel an. Das Wesentliche bleibt, daß die provisorische Regierung in eine definitive verwandelt wird. Belgien bekommt eine Art Provinzial-Verfassung unter einem kaiserlichen Statthalter. Die Festungen behalten für immer ihre deutsche Beladung.

Es versteht sich, daß die Angliederung Belgiens auch die des Kongostates in sich schließt.

D. v. O.

Auch der Rikannerionist muß erkennen, daß dieser Vorschlag so geistvoll wie probat ist. Einfach, wie auf dem Receptivett mit der einfadenden Formel: „Man nehme“ summirt D. v. O. unter dem Beifall des „Reichsboten“ die Substanzen seines Medizins: Die deutsche Regierung hat nichts weiter zu tun als diesen Trant einzunehmen und dann auszupredigen: Belgien und der Kongo sind an das Deutsche Reich angegliedert. Der Zentralverband schleicht dann erschüttert und heimlich heim. Und erklärt sich für geschlagen.

Herr Gott, warum ist D. v. O. im „Reichsboten“ nicht schon im Juli 1914 auf den Gedanken gekommen, unserer Regierung einsolches Elziger einzugeben? Was wäre alles gespart worden und was hätten wir jetzt alles!

Gegen die Verwertung von Friedensvorschlägen wandte sich der frühere englische Lordkanzler Bismarck in einer öffentlichen Versammlung. Er forderte, daß alle Friedens-Vorschläge sobald wie möglich veröffentlicht werden sollen. Man solle keinen Vorschlag ohne weiteres verwerten.

Die „Westküster Gazette“ bemängelt die von Großbritannien zu Ende der Rede des Ministers Barnes über die Unmöglichkeit von Friedensverhandlungen und meint, daß die konstitutionellen Zustände durcheinander geworfen seien; es sei ein unhalbbarer Zustand, daß eine Anzahl von Ministern dem Parlament nicht mehr verantwortlich ist. — Darin kann man allerdings dem Blatt nur zustimmen.

In einer stark besuchten öffentlichen Friedens-Versammlung in Lausanne sprach am 3. Januar Professor Goret und der Zürcher Bütow über die Pflicht der Neutralen, alle Mittel aufzubieten, um dem Völkerkrieg ein Ende zu setzen. Es wurde eine Sektion der internationalen Vereinigung für den Frieden gegründet und an Wilson ein Telegramm für seine Friedensbestrebungen gesandt.

Unmittelbar nach der Rückkehr aus Rom teilten Briand, Chantey und Thomas den Kabinettssollegen den Inhalt der in Rom fertiggestellten Note an Wilson sowie die neuen Beziehungen an die Vertreter der Entente in Athen und die dem General Sarraut nach Saloniki mitgegebenen Weisungen mit. Daß der unbestimmten Ausdrücken erwähnt die Pariser Regierungspresse, daß die Konferenz, namentlich der Militärische Unterabschnitt, sich auch mit der kriegerischen Lage Rumäniens und den dringenden Materialbedürfnissen der Regierung in Jassy beschäftigt. Briand und der Kriegsminister werden der Kabinettskommission über die mit dem Rückzug zusammenhängenden militärischen Pläne der Entente Aufschluß geben.

Freund erklärte dem römischen Korrespondenten des „Tempo“, alle noch bestehenden kleinen Meinungsverschiedenheiten seien jetzt wegeräumt. Er habe bei seinen italienischen Kollegen die wärmlsten Sympathien und das lebhafteste Verlangen angefrischt, mit Entschlossenheit dem gemeinsamen Siege entgegenzutreten.

Dass das Verlangen nach dem Siege auch in Italien vorhanden ist, hat bisher wohl niemand bezweifelt. Damit hat man aber den Sieg noch nicht.

Bon den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage.

W.S. Berlin, 9. Januar, abends. (Umflich.)
Im Westen geringe Gesamtaktivität.
Bei Riga und Jelobstadt blieben russische Angriffe erfolglos.

Wien, 9. Januar 1917. (Umflich.)

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Im Raum südlich Jassy wurde der Gegner bis an die Mündung des Bistric-Sarafas zurückgeworfen. Österreich-ungarische und deutsche Streitkräfte, denen der Feind in der Schlacht bei Jassy unterlag, ihren Sieg ausnutzend, die Potsa, auf deren linkem Ufer sich die Russen erneut zu stellen scheinen. Diese hielten in den letzten Kampftagen 29 Offiziere, 549 Mann an Gefangenen ein und versenken drei Geschütze und 10 Maschinengewehre.

Am Süßigang der

Heeresfront Erzherzog Fossi
erfolgten die Truppen des Feldmarschalleutnants von Kutz bei Tresci und Czernowitz in schwierigem Gelände und Schnee und Frost weitere Vorteile. Sonst an der Ostfront bei den österreich-ungarischen Streitkräften nichts von Belang.

Italienischer und Südostlicher Kriegsschauplatz.
Die Lage ist unverändert.

Frankreich und Belgien.

Portugiesische Truppen

sind nun mehr nach englischen Blättern auf dem kritischen Teil der Westfront in Stärke von 3 Infanteriebrigaden, 1 Reiterregiment, sowie Feldartillerie und Pionieren eingetroffen.

England.

Schlaganfall auf englische Lager.

W.S. Berlin, 9. Januar. (Umflich.) Deutsche Marineflieger griffen am 7. Januar nachmittags die Barackenlager vor La Panne-Sud und Nieuport-Sud erfolgreich mit Bomben an.

Der Balkanrieg.

Was die Russen zu tun haben.

Neben die Könige an der rumänischen Front lagen die beiden letzten rumänischen Heeresberichte folgendes:

Unsere Abteilungen bemächtigten sich durch einen handstreichähnlichen Stoß im Oltia-Tale und erreichten Gefangene. Feindliche Gegenangriffe wurden abgetrieben. Angreiferverluste des Gegners gegen eine der Höhen nördlich des Rumanischen Flusses wurden durch unsrer Feuer abgewiesen. Unter dem Druck des Feindes zogen sich die Überläufe des Sulina und nördlich von Jassy her je zwei rumänische und rumänische Abteilungen ein wenig in östlicher Richtung zurück. Während eines Gegenangriffes gelang es den russischen und rumänischen Truppen, ihre Stellung in Gegend Sowatza, 14 Kilometer nordwestlich Jassas, wieder herzustellen. Diese feindliche Reihen nahmen einen Angriff auf die russischen und rumänischen Truppen bei Sowatza, 6 Kilometer südlich Jassas, wobei durch Artilleriefeuer zerstört. Unsere Abteilungen ergriffen die Offensive und erreichten die Linie Rumanien-See-Sewastopol, 12 Kilometer von Sowatza. Ein feindlicher Angriff auf unsere Abteilungen am Überlauf des Rumanischen, von den Dörfern Moisilachi und Olenesti her, wurde abgewiesen.

Nach heutiger Artillerieunterstützung am Morgen griff der Feind Bereich nordwestlich Jassas, wo sich bislang die Rumänen zurück, aber verhinderten Rumänen hinter den Vorwärts des Feindes auf. Die Rumänen zogen sich der Feind gegenüber in einer Stellung in der Gegend von Sowatza, nordwestlich Jassas, wo, wie aber, mit heftigen Feuer entzogen, zurück und sich wieder auf dem Felde viele Tage und Sonnentage zu retten. Oberst erzielte keinen weiteren Erfolg des Feindes nördlich Jassas und bei Sowatza am Südrand, wo der Feind die Stellung des Feindes.

Die russischen Heeresberichte des Reichstags in der Bezeichnung der von den Deutschen und ihren Verbündeten in Rumänien erzielten Erfolge.

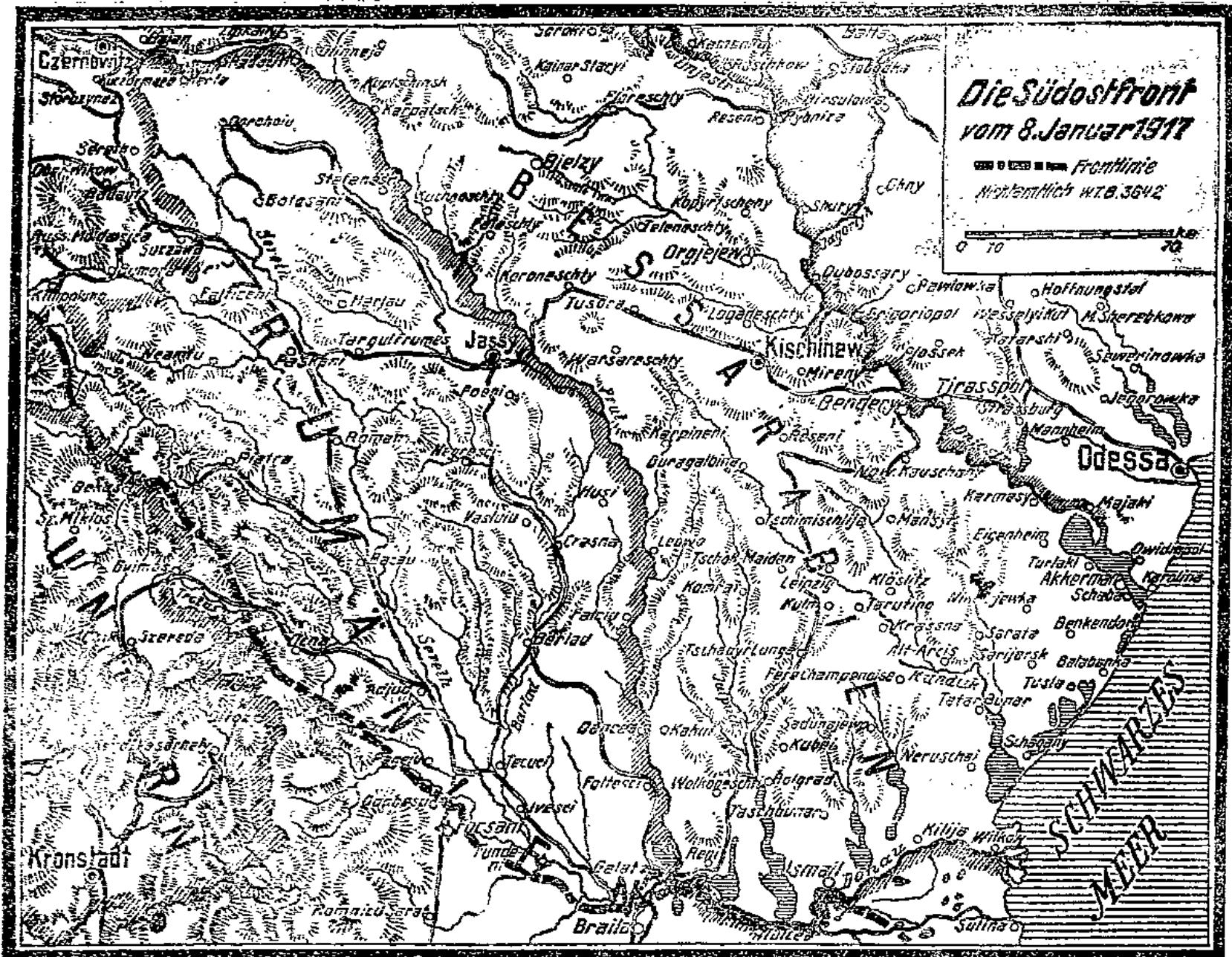
Ein beispielloses Wirken am Schwarzen Meer.

Die Kaiserliche Donauarm, England, Frankreich und Russland übernahmen wegen der russischen Regierung die Führung, in dem die Russen der in der Nähe von St. Petersburg eingeschlossenen Verbündeten Freiheit zu schaffen verlangten.

Die Russische Armee an der Donau wird nach eigenen Angaben auf die Hälfte vermindert. Die Russen verloren nach den Schäden gegen den Feind ungefähr 20000 Mann. Überhaupt war der Angriff der russischen Streitkräfte, seit der Rückzug der Streitkräfte der Roten Armee, eine Katastrophe. Dagegen bei den Russen Zahlen einer gewissen Verbesserung der Zustandungen in Russland gegen die Einschließung im Deutschen Reich, aber unter der Bedingung, dass diese die größtmögliche Zahl von den Verbündeten zu erhalten werden.

Die Frontlinie in Wien.

Zur Zeit des Kriegsministers des Reichs steht der Feind, welche seit 25 Tagen einzige die Nachfrage an Eisenbahn und Schiene auf seine Seite verschafft. Der Feind erhält Schmiedestahl, Eisenwaren, Metallwaren, Schrauben, Draht, Rohre, Eisenwaren in der Deutschen Reichs für den Feind.



Der Seefried.

Schiffverluste.

Verloren wurden 1 englisches, 4 französische, 1 japanisches, 1 russisches, 3 norwegische und 1 dänisches Schiff. 1 weiterer dänischer Dampfer, mit einer Holzladung von Schweden nach England, wurde aufgedreht.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Ein Erfolg unserer Ostafrikander.

Der „Kön. Volkszug“ meldet ein durch sehr zuverlässige neutrale Quelle gut unterrichteter kolonial-afrikanischer Mitarbeiter: Es habe sich nunmehr mit aller Bestimmtheit herausgestellt, dass der englische Oberbefehlshaber, General Smuts, im Oktober und November 1916 seine schwerste Niederlage während seiner Offensive gegen Deutsch-Ostafrika erlitten habe. Der Sieg der unter dem Befehl des Obersten v. Lettow-Vorbeck stehenden Schutztruppe über die Truppe Norwegen war vollständig. Der Feind wurde 60-100 Kilometer weit verfolgt. Eine Kolonne von über 1500 Mann und eine berittene Gebirgsbatterie wurden vollständig ausgerieben. Die Geschütz- und Kriegsmaterialleute war groß. Der Feind hat unter Malario höchstens gelitten. Die Kolonne Norwegen ist derjenige Bestandteil der englisch-belgisch-portugiesischen Gesamtkräfte unter dem Oberbefehl des Generals Smuts, der vom Atlantik-See her in das Schusgebiet eingebrochen war.

Englands Terrorismus gegen Holland.

Das Korrespondenzbüro meldet: Unlöslich des Berichts der sozialdemokratischen Zeitung „Het Volk“, dass das Artillerie-Ortschaft in Homberg infolge Versorgungsmangel die Arbeit teilweise einstellen musste, erschien wir, dass aus ein paar Schiffen der Holland-Amerika-Linie die Versorgungswerte, die für die niederländische Regierung aus Amerika gebracht wurden, auf Befehl der englischen Regierung in Engeland gelöscht werden müssten. Entgegendet wurde die Befürchtung aus Amerika eingeholt werden.

Holland fand U-Boote.

Der belgische Marineminister teilte der Zweiten Kammer mit, dass er ein interniertes deutsches und englisches U-Boot entdeckte.

Kriegsstrafe für Amerika zurückgezogen.

Die aus London gemeldet wird, haben die Alliierten in Kornwall Strafen auf Kriegsmaterial im Wert von hundert Millionen Dollar entzogen. — Diese Meldung ist mit Vorsicht aufzunehmen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Zusammenschluss des Reichstages.

Das parlamentarischen Kreisen liegt nun die „Sächsische Zeitung“ darin, dass innerhalb der Regierung Erwähnungen machen, dass der Reichstag nach im Laufe dieses Monats weiter einsatzbereit, also nicht nur der Hauptausführungs-Rathen der Reichsregierung es für notwendig erachtet hatte, den Reichstag am einen Tag im Dezember einzuberufen, um ihm die Amtseinführung des Reichsministeriums an die feindlichen Kräfte zu machen, liegt es offenkundig nahe, anzunehmen, dass der Reichstag auf wieder zusammenberufen werden könnte, um aus dem Wande des Reichsregierung etwas Neues zu ergründen über die Politik, die wir nun nach Abfertigung des Reichsministeriums einzuführen gedenken. Denn das zuletzt erwähnte, aber nach überzeugendem Melde, sollte Friedensprogramm, für das wir uns unter Freunde und dem Kongress gewinnen wollten, wird von jetzt ab wiederholt beibehalten werden können, und darauf müsste auch die Politik neu eingeführt werden.

Gefordert wird bei den städtischen Stellen im Laufe eines weiteren Herabsetzung als bei dem Schreiber vorliegender Zeilen.

Schaffung der Sandsteinschäden in Goslar.

Dem Reichstag Sandstein zu liefern ist eine Pflicht, auf welcher die Befreiung der Sandsteinschäden beruht.

Stresemann, der Annexionist.

Der nationalliberale Abgeordnete Stresemann hat am Sonntag in Hannover sein „Friedensprogramm“ entwidelt. Seine Forderungen werden den uneingeschränkten Besitz der Aldeutschen finden. Reale Garantien gegen unsere westlichen Feinde sieht Herr Stresemann nur in der Annexion Belgiens und eines Teiles von Frankreich. „Wenn man die Übernahme von Brien und Longwy nicht Annexion nennen will, so mag man sie als Kriegsentzündigung betrachten,“ sagt Herr Stresemann. Die neuergangenen Erwerbungen sollen Staatsbesitz werden, um die Steuerlasten in der Zukunft zu vermindern. Die aufgehäuften Kriegskosten schlägt Stresemann auf 6-7 Milliarden Mark jährlich; dazu kommen noch neue Steuern in den Bundesstaaten und den Gemeinden. Von einem Weltfriedensbund will Stresemann nichts wissen, dieser würde nur eine neue Algebras Konferenz werden. Mit der Autonomie Polens hat nach Ansicht Stresemanns Deutschland bereits eins seiner Hauptrivalen fortgegeben; Ausrüstung aber muss Deutschland be halten. Die militärische Lage sieht Stresemann im günstigsten Lichte, und mit dem rücksichtslosen U-Bootkrieg hofft er England in den Sand streden zu können.

Die furchtbaren Opfer, die ein solcher von Herrn Stresemann gewünschter Krieg, dessen Dauer Herr Stresemann wohl selbst nicht absehen kann und der den Konflikt auch mit der noch nicht am Kriege beteiligten Welt zur Folge haben würde, mit sich bringt, scheint der nationalliberale Abgeordnete nicht in Rechnung gezogen zu haben.

Spanien.

Demission des Ministeriums. Der Ministerpräsident unterbreite die Demission des gesamten Kabinetts.

Wirtschaftliches.

Die Notlage der Arbeiterschaft in der Schweiz.

Zürich, 1. Januar.

Die Schweizer Gewerkschaften und Arbeiterschaften haben unter dem 20. Dezember eine längere Eingabe an den Bundesrat gemacht, die Verfassung zur Änderung der Notlage der Arbeiterschaft enthielt. Sie sind Gegenvorstellungen zur bürgerlichen Entwicklung, der höheren Volksförderung Wehr, Reis, Maisgrieß, Haferkloden und Zuden zu ermöglichen Preisen abzugeben.

Die Eingabe, obwohl dem Vorschlag des Bundesrats an sich zustimmd, spricht die Ansicht aus, dass erstmals die für die einzelnen Federfälle vorgelegte Menge viel zu gering sei, um der Arbeiterschaft zu nützen. Zweitens seien die Kreise der Bezieher viel zu eng gezogen. Es dürfe sich nicht nur darum handeln, den schon im allgemeinen Elend stehenden Volkstreinen aufzuholen, sondern die schwer ringende Arbeiterschaft einigermaßen auf der Höhe einer Lebenshaltung belassen zu können, die wenigstens nicht Unterernährung bedingt.

Es wird vorgeschlagen, den verheirateten Arbeitern mit Kindern, deren Einkommen weniger als 3000 Franken beträgt, oder verheirateten Arbeitern ohne Kinder und Ledige, deren Einkommen weniger als 2000 Franken beträgt, einen Anpruch auf 20 Prozent Erhöhung zu Lasten der Bundeskasse beim Bezug der vorangennannten Leistungsmittel und bei Petroleum zu gewähren.

Um die Mehrbelastung der Bundeskasse auszugleichen, legt die Eingabe einen gewissen Aufschlag auf die Lebensmittelpreise für alle Bevölkerungsgruppen vor, die von größerem als dem genannten Einkommen leben, so dass von den Vermögen von 20 000 Franken ab etwa ein Zuschlag von 50-100 Prozent einzutragen hätte.

Die Eingabe, die von sämtlichen Zentralverbänden und Arbeiterschaften unterzeichnet ist, enthält zur Begründung ihrer Forderungen eine ausführliche Darstellung der Notlage der Schweizer Arbeiterschaft, die auch ein Gegenstück bilden soll zu den Erhebungen, die der Bundesrat in Unternehmertreffen über die Gewichtung von Leistungszulagen veranstaltete.

Der Arbeiterschaft ist nicht bekannt geworden, wie die Reaktion der Erhebung aussieht. Um aber auf jeden Fall eine ehrliche Information des Bundesrats zu erhalten, unterbreitet die Eingabe zur Klärung eine Menge Material, dem u. a. zu entnehmen ist:

Wird als Vergleichszahl für die Vorkriegszeit die Lohnhöhe gleich 100 gesetzt, so ergeben sich für September 1915 in den verschiedenen Gewerben folgende Zahlen: Metallarbeiter 100,5; Holzarbeiter 99,5; Topographen 99,5; Lithographen 98,5; Buchbinden, männlich 99,5, weiblich 92,5; Schneider 91,2 bzw. 87,1; Landarbeiter in Sachsen 100 bzw. 98,5; im Kleingewerbe fähige 102,2 bzw. 100,9; Textilarbeiter 98,1 bzw. 94; Transport-, Lebens- und Gewerbehilfsarbeiter 91,4 bzw. 90,5; im Konsumgenossenschaften 100,4 bzw. 100,5; in anderen Betrieben 99,5 bzw. 93,5.

Staats- und Gemeindebetriebe: Holzarbeiter 101,5; Metallarbeiter 100,5; Flechter und Strickarbeiter 99,7; Heizer, Gas-

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 10. Januar. (Amtlich)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Sturm und Regen blieb die Geschäftstätigkeit gering. Nur an der Ancre lebhafe Artilleriekämpfe.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls

Prinz Leopold von Bayern.

Stärkere russische Angriffe südwärts von Riga, sowie zahlreiche Vorstoße kleinere Abteilungen zwischen Küste und Narva-See blieben auch gestern ohne jeden Erfolg.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph.

Vergleichlich verliefen Russen und Rumänen die ihnen entgegenstehenden Höhenstellungen beiderseits des Ssita-Tales zurückgewinnen.

Unter blutigen Verlusten schickten mit starken Kräften ausgeführte Gegenangriffe.

Nördlich und südlich des Casino-Tales wurde der Feind weiter zurückgedrängt.

Zu den Kämpfen der beiden letzten Tage fielen 6 Offiziere,

900 Mann und 3 Maschinengewehre in unsere Hand.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Madenzen.

Nördlich von Focani gelang es uns, auf dem linken Putna-Ufer Fuß zu fassen.

Zwischen Focani und Fundeni zwangen wir den geschlagenen Gegner, seine Stellung hinter der Putna aufzugeben und hinter den Sereth zurückzugehen. 500 Gefangene wurden eingefangen.

An der Rimnicul-Sarat-Mündung hielten wir im Angriff errungene Fortschritte gegen mehrere feindliche Vorstöße.

Mazedonische Front.

Nächtliche Angriffe an der Struma wurden abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister: Lindenborff.

3. In sonstigen Fällen sind Ausnahmehilfen nur beim Vorlegen bestimmter Gründe zu erteilen, z. B. wenn ein Deutscher Butter, Fleisch usw. von seinen in Dänemark oder in Niederländischen Staatszugehörigkeit des Empfängers und nach Empfang des Ausnahmehilfes diesen zugleich mit dem Postpaket und den sonstigen Begleitpapieren der Post übergibt. Dabei können Antragsteller, die den Konsularbehörden als vertrauenswürdig bekannt sind, unter Umständen Ausnahmehilfen für einen längeren Zeitraum voraus erhalten. Der Staatssekretär des Reichspostamts ist ersucht worden, wegen der Zulassung und Mitbeförderung der konsularischen Ausnahmehilfen mit der Königlich dänischen bzw. niederländischen Postverwaltung sich zu verständigen. Gebühren sind gemäß § 2 Abs. 2 des Konsulatgebührgesetzes in den oben unter Ziffer 1 genannten Fällen (Gesandts, Berufskonsulen usw.) nicht zu erheben; in den anderen Fällen ist der Satz auf das gesetzlich zulässige Mindestmaß zu ermäßigen. Die Überwendung von Postpäckchen für die Beschränkung bleibt vorbehalten. Alle ohne solche konsularische Ausnahmehilfen einzuhaltenden Postpäckchen werden es nach dem Kriege spüren, wenn wir nicht im Krieg alle Mittel anwenden, um uns von der englischen Umlämmertung zu befreien, um England zu besiegen. 1588 wurde die Armada vernichtet, 1718 mußte sich Holland der englischen Gewalt beugen. 1815 war Trafalgar, soll 1917 England sich der deutschen Kriegsleitung rückmen dürfen? Darum wird es immer und immer bis zum Siege, bis zu einem deutschen Frieden heißen müssen: Nieder mit England mit allen Mitteln!

Der Schrei nach dem zücksichtslosen Unterseebootkrieg, der aus diesen Worten herausfliegt, wird jetzt überall von den Alldeutschen angestimmt. Es ist wohl kaum anzunehmen, daß er bei den verantwortlichen Stellen, die gewiß schon von selbst alle wirklich tauglichen Mittel in der Kriegsführung anwenden, jetzt größere Wirkungen als früher erzielen wird. Die Redaktion des Amtsblattes bezeichnet die vorstehend angegebenen alldeutschen Kriegsziele als „das Mindestmaß darstellen, was erreicht werden muß, erreicht werden kann, wenn anders aus den tausendjährigen Opfern unserem Volke erstehen soll, ein Segen, der in nichts anderem beruht, als in einem gesicherten freien, arbeitsamen Frieden“. Bis zum alldeutschen Frieden müßte der Krieg aber noch sehr lange geführt werden. Das Volk will jedoch sobald als möglich eine Besändigung, die allerdings nicht auf alldeutscher Grundlage erfolgen kann.

Der Bürgerausschuß verwies in seiner heutigen Sitzung die Senatsvorlage betr. Errichtung eines öffentlichen Arbeitsnachweises an eine fünfgliedrige Kommission, bestehend aus Böie, Burwitz, Höff, Heise und Löwitz. Angenommen resp. befürwortet wurden die Senatsanträge auf Bewilligung eines jährlichen Beitrages von 800 Mark zu den Kosten der Arbeitskolonie. Rüdning für die Dauer von fünf Jahren; weitere Kriegsteuerungszulagen an technische Lehrerinnen und Hilfslehrerinnen; Erlass eines Geleges betr. Anwendung des Einkommensteuergesetzes auf Militärpersonen; Nachbewilligung von 1897 Mark an die budgetmäßigen Ausgaben der Friedhofsbehörde im Rechnungsjahre 1915; Bewilligung von 90 000 Mark an den Ausschuß für Kriegshilfe; Beschaffung einer Schreibmaschine für die Statutarwirtschaft (Kosten 400 Mark).

Der Postpaletbegning von Butter, Margarine, Fleisch und Fleischwaren, Spez, Schmalz, Käse, Dauermilch aller Art und Eiern aus Dänemark und den Niederlanden hat, wie „W. T. B.“ mitteilt, in der letzten Zeit einen solchen Umfang angenommen, daß wegen Unreinigung der Postpaletbezüge auf die Konzentrationen und wegen der mit der zunehmenden Zahl immer schwieriger werdenden Überwachung des Postpaletvertrags eine Lendering in der bisherigen Regelung eintreten muß. Die Zentral-Einfuhrsgesellschaft hat Anweisung erhalten, alle Postpaletsendungen mit Butter, Margarine, Fleisch und Fleischwaren, Spez, Schmalz, Käse, Dauermilch aller Art und Eiern vom 1. Januar 1917 ab zu beschlagsnehmen und Freigabeanträge abzulehnen, wenn nicht durch einen konsularischen Ausnahmehilfe, der den sonstigen Postbegleitpapieren beigelegt ist, nachgewiesen wird, daß für die einzelne Sendung von dem Kaiserlichen Generaltoniat eine Ausnahme bewilligt worden ist.

Derartige Ausnahmehilfen sind nur zu erteilen:

1. für Postpaletsendungen an Gesandte, Konsuln sowie an Gesandtschafts- und Konsulatsbeamte aller neutralen Staaten in Deutschland ohne Beschränkung der Menge nach, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Lebensmittel nur für den Verbrauch im Haushalt der Empfänger bestimmt sind.

2. für Postpaletsendungen an dänische oder niederländische Staatsangehörige aus Dänemark oder den Niederlanden mit der Beschränkung, daß die Lebensmittel als Gegenstand geliefert werden und nur für den Verbrauch im Haushalt der Empfänger bestimmt sind, ferner, daß monatlich nicht mehr als insgesamt 5 kg. Butter, Schmalz und Margarine, insgesamt 10 kg. Fleisch, Fleischwaren und Spez, insgesamt 5 kg. Käse und insgesamt 5 kg. Dauermilch aller Art und 60 Stück Eier bezogen werden können.

pb. Diebstahl. Einwohner in der Fleischhauerstraße wohnbarein Ehefrau ist gestern nachmittag aus ihrer Wohnung ein brauner Damenpaletot mit Pelzbesatz und Stoffknöpfen gestohlen worden.

Hamburg. Heute feierte Schiffbrüchige. Neben den am Morgen des 24. Dezember bei Stugund erfolgten Untergang des Hamburger Dampfers „Clemont“ werden der Neue Hamburger Zeitung von einigen Leuten der Besatzung, die hier eintrafen, noch folgende Einzelheiten berichtet: Der Dampfer geriet in der Nacht zum 24. Dezember in einen schweren Sturm, der fast jede Fernsicht auslöschte. Gegen 6 Uhr morgens lief der Dampfer in der Nähe der Bonausfeuer auf und wurde im Hinterschiff schwer leck. Da beständig schwere Brechwellen über das Hinterschiff hinweggingen, schlüpfte alles nach dem Bordschiff. Nur dem Kapitän, dem zweiten Matrosen und einem Heizer gelang es nicht mehr; die drei wurden, als sie das Steuerhaus verließen, von einer Sturzsee über Bord gespien und verschwanden in den Fluten. Die übrige, noch aus 13 Mann bestehende Besatzung hielt sich zum Teil auf der Back, zum Teil in dem Podest und mußte hier in Kälte und schwerem Schneetreiben bis zum Weihnachtstag ausharren. Ein Lotsenkutter versuchte, den Leuten Hilfe zu bringen; mußte aber bei der starken Brandung hierauf Abstand nehmen. Erst als am zweiten Weihnachtstag das Wetter ruhiger wurde, gelang es einem schwedischen Torpedoboot, an den Dampfer heranzukommen und die total erschöpften Menschen zu retten. Aufgehobene Spielhalle. In der Nacht zum Sonntag wurden in den Wohnungen zweier Hellner in der Brennerstraße und in der Koppel Gläubiger beim Spiel überzettet. 25 Personen, deren Personalien festgestellt wurden, werden sich vor den Gerichten zu verantworten haben. Außerdem soll in den Wohnungen auch verbotswidriger Alkohol von Getränken stattgefunden haben.

Astona. Selbstmord und Selbstmordversuch. Der 48jährige Schuldiener W. hat sich an dem eisernen Gitter im Heizungsraum der Schule in der Lucienstraße erhängt. Er wurde von seiner Frau aufgefunden. Die am Rainweg wohnende etwa 20jährige Schneiderin Marie L. machte dadurch einen Selbstmordversuch, daß sie sich eine Revolverkugel in die Herzgegend schoss. Sie wurde schwer verletzt aufgefunden. Die 17jährige Helene J. aus der Blumenstraße wurde in einem Hausflur in der Bachstraße 77 befindunglos aufgefunden. Sie hatte in seltsamer mörderischer Absicht Klebsalz genommen.

Theater und Musik.

Das vierte Sinfoniekonzert des Musikvereins war am Montagabend nur sehr mäßig besucht. Die Kreise, für die gerade diese Konzerte in erster Linie berechnet sind, haben dafür anscheinend kein großes Interesse, und die Folge wird in letzter Linie darin liegen, daß der Staat tiefer in den Beutel greifen muß bei der Subventionierung des Musikvereins, und das ist das Bedauernslichste an der Sache. Zwei Sinfonien bildeten das Programm des Konzerts. Zunächst gelangte Brahms dritte Sinfonie in F-dur zu Gehör, ein Werk von großer Schönheit und Einheitlichkeit, inhaltlich getragen von einer tiefen Resignation, in der das Große des Schönen nur selten erholt. Anders die fünfte Sinfonie in C-moll von Beethoven, aus der Kampf und Sieg machtvoll erklungen. Mit seinem Verständnis für die geistigen und musikalischen Besonderheiten der beiden Sinfonien hatte Dr. Göhler die Werke einfürcht und mit echtem Temperament, das sich mit Sicherheit und überlegener Ruhe paart, brachte er sie zur Aufführung, bestens unterstützt vom Orchester.

Stadttheater. „Die versunkene Glocke“, ein Märchen-drama von Gerhart Hauptmann. Vor 19 Jahren wurde dieses Drama hier zuerst aufgeführt und erzielte eine tiefe Wirkung. Die rechte Märchenstimmung, die von ihm ausgestrahlt wurde, ist auch heute noch in der so wenig märchenhaften Zeit. Hauptmanns Dichtung hat eben sowohl inhaltlich wie in der Form so reiche Schönheiten, es ist im besten Sinne poetisch, und Isolde Reize sind nicht leicht vergänglich. Gelten nahm ein sehr stark bejubelter Auftritt auf. Herr Ehard pfeift den Meister Heinrich hinreißend in seinem Flug zur Höhe, zaudert in den Szenen des Zweifels und der Todessegnung. Ein artiges Rautendelein, dem der Märchenzauber wie der Fülle ihres Goldhaars umloß, war Herr Berlin; nur erschien sie in ihrem Weiben manchmal etwas gut zu zurückhaltend und dadurch unbedeutend und blieb infolge zu leisem Sprechens unverständlich. Tief und ernst war die Magda der Frau Berlin. Tädtige Leistungen boten Fräulein Treibe als alte Witthüte sowie die Herren Wiegner als Pfarrer Stengel als Pfarrer Stengel als Pfarrer Walther. Die Inszenierung war durch Herrn Stengel besorgt, die besonders glücklich in der Herrichtung des ersten und letzten Bühnenbildes war.

P. L.

Soziales.

Mittagessen auf Krankenhaustischen. Die Verwaltung der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin hat vor einigen Wochen eine Umfrage bei den für sie täglichen Kassenräten über die Wirkung der zunehmenden Erhöhung der Sozialwirkeiten auf die Kranken der Kasse veranstaltet. Das Ergebnis dieser Ermittlung hat die Überzeugung noch mehr bestärkt, daß zahlreiche und namhafte gesundheitliche Schädigungen der Kassenmitglieder auf ungenügenden Nachzug zurückzuführen sind und auch die Widerstandsfähigkeit der Kranken dadurch geringer wird. Solche Gedächtnisse wurden ganz besonders bei niedrigen Mitgliedern, und hier wieder hauptsächlich bei Blutarmen, Krebsen und Tuberkulosegemachten. Der Kassenvorstand ist nach eingedenkten Erwägungen, auf welche Weise die Kräfte der besonders gefährdeten erwerbsunfähigen Kassenmitglieder zu leben sind, zu dem Schluß gelangt, diesen Kranken in allen Fällen, in welchen die behandelnden Kassenräte dies für angebracht halten, auf Rechnung der Kasse Mittagessen aus den öffentlichen Rücken zu bewilligen. Auf drägtliche Verordnung empfängen die Patienten in der für sie zuständigen Bahnhofsstelle besondere Speisekarten, von denen täglich in der nächsten Speiseanstalt ein Tagesabschnitt abgetrennt und dagegen eine Portion Mittagessen ausgetauscht wird. Die großen Kommunen Berlins haben sich sofort berichtet, die Karten der Kasse in Zahlung zu nehmen und es ist bestimmt anzunehmen, daß dies auch von den kleineren Gemeinden geschehen wird.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwitz, für den getauften Judentum: Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwaig, Druck: Friedr. Meyer & Co., Samtlich in Lübeck.

Wir machen hiermit bekannt, dass wir zur Erleichterung des Neujahrsvorkehrs die bis zum 10. Januar bei uns eingezahlten Spar-einlagen vom 1. Januar ab verzinsen.

Vorschub- und Spar-Vereins-Bank

in Lübeck.

(686)

Mein großer

Inventur-Ausverkauf

in untenstehenden Abteilungen

vom 10. bis einschließlich 23. Januar
bringt

außergewöhnliche Angebote und Vorteile!

Glas

Porzellan

Steingut

Haushaltwaren

Holzwaren

Bürstenwaren

Lederwaren

Galanteriewaren

Bücher und Bilder

Schreibwaren

Papierwaren

Parfümerie

Schmucksachen

Phantasiedekor

Reiher und Flügel

Kunstgegenstände

Rudolph Karstadt, Lübeck.

Bekanntmachung.

Am Anfang an die Bekanntmachung des Polizeiamts vom 21. Oktober 1915 über die Errichtung der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle und die Gründung des Systems der festen Kundenliste für die Verteilung von dem Lebensmittelverband Lübeck zu genannten Lebensmitteln wird hierdurch folgendes angeordnet:

Die Kleinhändler, welche die Verteilungsstellen nach dem 31. Januar 1915 von einem anderen Großhändler beziehen werden, als dem bei welchem sie bisher veräußert worden waren, haben bis zum 15. Januar der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle hieron schriftlich Einzug zu machen und haben einen neuen Verpflichtungsschein für die Zeit vom 1. Februar bis 30. Juni 1917 zu unterschreiben.

Die Kleinhändler, welche die Verteilungsstellen bei einem anderen Großhändler, bei dem sie bisher bezogen haben, beziehen wollen, gilt die bislangige Verpflichtung weiter.

Im übrigen bleibt nichts als Kleinhändler, welche nicht an den Verteilungen beteiligt waren, können nach Abschaffung eines Verpflichtungsscheines eine Kundenliste einzurichten, wenn sie weniger als 30 Verkäufe an Kunden bei Ihnen durchgeführt haben.

Der Kreis der bestätigten Großhändler bleibt auf die Firmen beschränkt, welche bisher die Verteilungen bezeugt haben.

Kleinhändler, welche bei den Verteilungen in der Zeit vom 1. Februar bis 30. Juni 1915 beteiligt werden wollen, haben bis in die Zeit vom 23. bis 29. Januar erneut unter Bezeugung ihres Lebensmittelbuches bei einem Großhändler zu unterschreiben. Diese Zusicherung ist für den Zeitraum von 1. Januar bis zum 31. Januar einheitlich. Unterschriebene Akteure werden ebenso wie die entsprechenden Händler nach einer Prüfung der Nachfrage- und Versorgungsstelle genehmigt.

Die Kleinhändler, bei denen regelmäßig eine Kundenliste vorliegt und die bei der Ausstellung auf der Sammlung des Belegsatzes des Lebensmittelverbandes den Kunden den Service zu gewähren:

Zugelassen bei ... (Name des Kleinhändlers) (Name)

Es ist genau darauf zu achten, daß das System unter allen Kleinhändlern ohne Einschränkungen freigesetzt wird und wo möglichste noch eröffnet wird, um damit über das System der Lebensmittel- und der Kleinhändler bei der Sammlung der Nachfrage- und des Belegsatzes des Kleinhändlers S 1 aus dem Lebensmittelverbande bewilligt und die Stützpunkte am 29. Januar entsprechend der Geschäftsstelle der Nahrungsmittel-Vermittlung bestätigt werden. Der Verteilungsschein der eingetragenen Kleinhändler ist genau der Verteilungsschein der Großhändler zu entsprechen. Da die Kleinhändler durch die Kunden zusammengebracht werden, darf es keine Ausnahmen mehr bestehen.

Die 29. und 30. Januar haben die Großhändler ihre festen Verteilungsstellen freigesetzt. Großhändler verpflichten sich, so bald wie möglich die Kundenlisten zu übernehmen.

Es kann 2 Schritte haben. Die Großhändler der Nahrungsmittel-Vermittlung stellen die Gründung der auf die verschiedenen Kundenlisten basierenden Verteilungen.

Die Großhändler und welche sie mehr Lebensmittel 30 Verkäufe an Kunden durchführen können keine Kundenlisten eröffnen. Daraus resultiert, daß bei Kleinhändlern eingeschränkt werden. Da die Kundenlisten zusammengelegt werden, darf es keinen Zweck für Großhändler bei den 30. Januar die zu Kundenlisten zu führen, welche auf den ersten Belegungsschein übertragen werden.

Es kann, welche nach Abschluß der Kundenliste im ersten Schritt den 30. Januar als 4. Schritt eröffnen. Wenn sich diese Voraussetzung nicht erfüllen kann, so kann die Kundenlisten nicht eröffnet werden.

jederzeit bei einem Kleinhändler in die Kundenliste nachfragen lassen, haben aber erst nach Ablauf von 2 Wochen nach der Eintragung ein Interesse auf Berücksichtigung bei der Abgabe der Verteilungswaren. Nach Möglichkeit hat der Kleinhändler solche Personen aber schon früher zu berücksichtigen, wenn er Ware für mehr als die bei ihm angemeldete Personenzahl zugemessen erhalten hat oder die bei ihm angemeldete Kundenschaft die Waren innerhalb der vorgeschriebenen Zeit nicht reißig abgehoben hat.

Bei Nachfragen sind ebenfalls die Abschnitte S 1 aus den Lebensmittelbüchern herauszubringen und am 1. und 15. jedes Monats an die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle einzuliefern.

Personen, welche sich aus Lübeck abmelden oder aus anderen Gründen aus der Verpflichtung auszcheiden, müssen bei dem Kleinhändler, bei welchem sie in die Kundenliste eingetragen waren, abgemeldet werden. Wenn in einem Haushalte Veränderungen in der Personenzahl eintreten, hat der Haushaltungsvorstand dafür zu sorgen, daß das Lebensmittelbuch umgetauscht oder zurückgegeben wird und daß dem Kleinhändler von der Rückgabe des Buches angezeigt gemacht und das neue Buch zur Änderung der Kundenliste und Nachtragung des Anmeldevermerkes im Buche vorgelegt wird.

Kleinhändler erhalten die Vorbrücke für den Verpflichtungsschein und die Kundenliste in der Geschäftsstelle der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Breite Straße 65 II.

Bei den vorstehenden Anordnungen zuwiderhandelt, wird auf Grund des § 17 der Bundesversorgungsordnung vom 25. September 1915 in Verbindung mit § 3 der Bekanntmachung des Polizeiamts, betreffend die Ausgabe von Lebensmittelbüchern vom 24. Oktober 1915 mit Gefangen bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Lübeck, den 9. Januar 1917. (683)

Das Polizeiamt.

Lübeckische Beleihungskasse für Hypotheken.

Geschäftsstelle: (6835)
Fleischbauerstraße 18, Zimmer 6.

Auf der vorstehende Zeichnung sind alle wichtigen Ansprechenden beim Beleihungsschein verzeichnet. Herrn Seeliger, auch Herrn Seeliger Mildenstein. Hier sollte freilich kein Name vermerkt werden, sondern nur der Name unter demselben Zeichen. (6832)

P. Bickelmann u. Frau
Mariechen geb. Weiss.

Glasobjeiben
aller Art von
S. E. Glashaus, Glashausstr.
Hausnummer 33, Telefon 2603.

Kaufhausverkauf.
Freitag, 11. Januar 1917
Von 1000 - 10500 - 11 U. m. f. m.
Paul Lehmann.

Hansa-Theater.

Von Mittwoch, d. 10. Januar
ab täglich: (6833)

Der Juxbaron.

Vorverkauf Sager, Kohlmarkt.

Stadttheater.

Mittwoch, den 10. Januar 1917

Die Csárdásfürstin

Donnerstag, d. 11. Januar 1917

Zum letzten Male:

Hoffmanns Erzählungen.

Oper von J. Offenbach.

Freitag, den 12. Januar 1917

Boccaccio.

Operette von Fr. v. Suppe.
Anfang der Vorstellungen
8 Uhr.

Konsumentverein für Lübeck u. Umgeg.

e. G. m. b. H.

Bezirksversammlungen

finden wie folgt statt: Für die Mitglieder der

Stadt: Am Freitag, dem 12. Januar, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus;

Hüxtertor: Am Freitag, dem 12. Januar, abends 8½ Uhr, bei Herrn Gastwirt Gustav Ehlers, Hüxstr. 110;

Warenabgabestelle Am Klosterhof: Am Freitag, dem 12. Januar, abends 8½ Uhr, in der Gastwirtschaft „Zum weißen Engel“, Ratzeburger Allee;

in Schlutup: Am Sonnabend, dem 13. Jan., abends 8½ Uhr, bei Herrn Gastwirt Lindenberger;

in Schwartau: Am Sonnabend, d. 13. Jan., abends 8½ Uhr, in der Gastwirtschaft „Transvaal“, Schwartau;

in Travemünde: Am Sonntag, dem 14. Januar, nachmittags 4 Uhr, im „Kolosseum“ Travemünde, Torstrasse;

in Ahrensböck: Am Sonntag, 14. Januar, nachm. 4 Uhr, bei Herrn Gastwirt Blunk in Ahrensböck;

Warenabgabestelle Kronsforder Allee: Am Dienstag, d. 16. Januar, abends 8½ Uhr, bei Herrn Gastwirt Hagelstein, Geniner Str.;

Holstentor-Süd: Am Mittwoch, 17. Jan., abends 8½ Uhr, in der Gastwirtschaft „Zur Himmelsleiter“, Margaretenstrasse;

Marli: Am Mittwoch, 17. Januar, abends 8½ Uhr, bei Herrn Gastwirt J. Groth, Kottwitzstr. 16.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Die Einwirkung der Kriegswirtschaft auf die Warenvermittlung.
2. Wahlen zum Genossenschaftsrat.

Um den Mitgliedern Aufschluß über unsere jetzige Tätigkeit geben zu können, ist zahlreiches Erscheinen der Mitglieder und deren Frauen dringend erwünscht.

Der Vorstand.

Ernährungsfragen.

Was Batodi will.

Das Ernährungsprogramm Batodis für 1917 hat viel Kritik erfahren. Stadtverwaltungen und Oberbürgermeister haben sich damit beschäftigt. Aus allen Neuerungen klang wenig Vertrauen zu dem „neuen System“. Der Berliner Oberbürgermeister Wermuth hat sich, wie gestern schon gemeldet, in der letzten Sitzung der Berliner Stadtverordneten-Versammlung mit dem Wirken und den Plänen des Kriegsernährungsamtes beschäftigt. Auch er übt scharfe Kritik. Von Batodi nimmt nun Veranlassung, in einem Antwortschreiben an Wermuth eine Erklärung zu seinem Programm zu geben. Wir teilen daraus folgenden Auszug mit:

Das System, dessen folgerichtige Durchführung für die Dauer der Kriegsknappheit ich nach wie vor für geboten halte, geht dahin, diejenigen wichtigen Lebensmittel, bei denen das ihrer Natur nach möglich ist, in öffentliche Bewirtschaftung zu nehmen. Zwangslieferung seitens der Erzeuger unter Beschränkung der ihnen für Wirtschaft und Haushalt zu belastenden Mengen auf das unbedingt erforderliche Maß hat an öffentlichen zentral geleiteten Stellen zu erfolgen, denen die Verteilung an die Gemeinden behutsam unterteilt wird. Die Verteilung nach einheitlich festgelegten Mengen obliegt, und zwar zu Preisen, die so niedrig zu bemessen sind, wie es die Aufrechterhaltung der Erzeugung zuläßt. Dieses System war bei Errichtung des Kriegsernährungsamtes Ende Mai 1916 von Reits wegen voll ausgebaut für Kartoffeln. Bei Kartoffeln hat man nach mehrfachem Wechsel des Systems kurz vorher zur Notstandswahlstiftung aus allen Orten, wo noch Kartoffeln vorhanden waren, an die Orte, wo die Notlage am größten war, geöffnet. Ansätze zur Verteilung von Reis wegen waren vorhanden für andere Getreidearten und Vieh. Ein ganz geringer Teil der insländischen Butter wurde von der Zentraleinkaufsgesellschaft erfasst und verteilt. Im letzten halben Jahre ist dieses System ausgedehnt worden auf sämtliche Getreidearten und die daraus hergestellten Nährmittel, auf die Futtermittel, auf Fleisch mit Ausnahme eines Teiles des Wildes und Geflügels, auf Butter und Speisefett. Die Bewirtschaftung der von der Industrie unter Reichsaufsicht hergestellten Obstsorten und Gemüse ist ebenfalls erfolgt gleichfalls nach einheitlichen Grundsätzen. Die Bewirtschaftung der Vollmilch und Magermilch, der sic, wie Eure Exzellenz zutreffend hervorgehoben haben, gegenwärtig noch besondere Schwierigkeiten entgegenstellen, wird zurzeit von mir mit allem Nachdruck betrieben und ich erwarte eine Besserung der auf diesem Gebiete bestehenden besonderen schweren Missstände.

Die von Eurer Exzellenz erwähnte ständige Preissteigerung für diese Waren konnte seit Errichtung des Kriegsernährungsamtes im allgemeinen vermieden werden, abgesehen von der Kartoffel, auf deren besondere Verhältnisse ich hier nicht eingehen kann. Die Herabsetzung des Roggengehöltpreises im Zusammenhang mit den zweitmöglichen Preisvorschriften der Berliner Behörden haben eine wesentliche Herabsetzung des Roggenbrot-preises ermöglicht. Die Ermäßigung der Gersten- und Haferpreise gegenüber dem Vorjahr neben einer starken Verwaltung der Industrie durch die Reichsstellen hat eine wesentliche Ermäßigung der Preise der Getreidezählmittel ermöglicht. Die Rindviechpreise sind herabgesetzt und ihre weitere Erhöhung noch Abschluß der Wintermaisperiode wird befürchtet. Von einer Erhöhung des geschilderten Systems bei allen bisher angegebenen Waren während der Dauer der Ernährungsschwierigkeiten ist, wie ich in dem erwähnten Rundschreiben unzweideutig zum Ausdruck gebracht habe und hier nochmals bestone möchte, keine Rede.

Dagegen gibt es andere Waren, die sich ihrer Natur nach für das System der Bevölkerungnahme zu Höchstpreisen und Bewirtschaftung durch Zentralbehörden nicht eignen und wo jeder Versuch, derartige Maßnahmen zu ergreifen, aus den in meinem Rundschreiben angegebenen Gründen zu Mißerfolgen führen muß. Als solche Waren habe ich im Anschluß an die schon bestehenden, durch die augenblickliche Rüttelknappheit zurzeit leider schwer bedrängten Schweinemätsverträge, die eigentlich mehr gartmäßigen und besondere schnell verderblichen Frühkartoffeln, Gemüse, Kohl, Obst und Geflügel sowie unter Umständen auch Vollmilch und Magermilch bestimmt. Über alle diese Waren sind Lieferungsverträge von einzelnen Stadtgemeinden schon bisher abgeschlossen worden. Sie haben aber wegen der Ungleichmäßigkeit der Durchführung, der häufigen Preisüberbietun-

gen und des ungeläufigen Verhältnisses zu den Reichsstellen, die mit der Beschaffung derselben Waren für Zwecke der Heeresversorgung und der bedürftigen Bevölkerung betraut waren, wie Eure Exzellenz zutreffend hervorgehoben haben, bisher oft zu Mißerfolgen geführt.

Dem im nächsten Jahre abzuholzen war, wie sich aus dem Inhalt meines Rundschreibens ohne weiteres ergibt, der aussichtliche Zweck der Anregung. Es soll eine mit den Reichsstellen Hand in Hand arbeitende allgemeine Verwaltung sein, dadurch soll eine unerwünschte Preissteigerung durch gegenseitiges Überbieten vermieden, die Benachteiligung minder leistungsfähiger oder ungünstig gelegener Gemeinden eingehärrt, andererseits aber die Initiative und Sachkunde der Gemeinden einer möglichst Steigerung und zweitmäßigen Bewertung der genannten Waren nutzbar gemacht werden. Dass das Kriegsernährungsamt und die ihm nachgeordneten Reichsstellen auf Grund der im Vorjahr gemachten Erfahrungen bei der Erfüllung der Aufgabe in vollstem Umfang mitzuarbeiten haben, versteht sich von selbst.“

Herr v. Batodi ist also nach seiner eigenen Meinung mißverstanden worden. Vielleicht hat er auch wirklich schon mit einer gewissen Vereingenommenheit zu kämpfen, die sich aber daraus erklärt, daß seine Tätigkeit nie bis an die Wurzel des Übels herabreicht. Verteilungspläne sind sehr gut und Lieferungsverträge zwischen Gemeinden und Erzeugern unter sachverständiger zentraler Beratung gewiß auch, es muß nur eben das zu Verteilende und zu Liefernde in einigermaßen ausreichenden Mengen greifen sein. Die Verbraucher haben aber leider die Überzeugung, daß der Arm des Dictators nicht weit genug in die Vorratskammern der Erzeuger hineinreicht, und daß ohne Steigerung der heranzuschaffenden Mengen Verteilungen und Lieferungsverträge nur der Theorie genügen, aber nicht dem Magen.

Aus der Partei.

Friedensdemonstration in Frankfurt a. M. Trotz der Ablehnung des deutschen Friedensangebots durch die Entente ist das deutsche Volk immer noch zum Frieden bereit und wird auch fernerhin alle Eroberungspläne zurückweisen. Dieser Standpunkt kam in einer mächtigen Kundgebung zum Ausdruck, die der Sozialdemokratische Verein in Frankfurt am Main am Sonntag mittag im Circus Schwann veranstaltete. Vor über 4000 Personen sprachen die Reichstagsabgeordneten Dr. David und Dr. Quatke, die mit ihren Ausführungen lebhafte Zustimmung bei den Versammlungen auslösten. Genosse David betonte u. a., trotzdem die Antworten der Entente die Hoffnung stimmten auf Frieden ja ausgelöscht hätten, sei doch eine Klärung geschaffen worden. Der Ausgangspunkt des Krieges sei ein großer Eroberungs- und Aufteilungsplan der Gegner, der schon 1911 um ein Haar zum Weltkrieg geführt hätte. Genosse Dr. Quatke unterstützte die Darlegungen Dr. Davids. Eine Entschließung wurde nicht gefaßt. Die Kundgebung versetzte sehr wirkungsvoll.

Württembergische Landeskonferenz. Am 6. Januar stand in Stuttgart eine vom Landesvorstand einberufene Konferenz statt, aus der 70 Ortsvereine durch rund 100 Delegierte vertreten waren. Daneben waren die Abgeordneten, die Kreisvorständen, die Parteiradeure, die Mitglieder des Landesausschusses und eine Zahl in der Agitation tätiger Parteigenossen erschienen. Genosse Feil hielt einen Vortrag über die politische Lage und die Aufgaben der Partei. Er beleuchtete die Ereignisse der letzten Wochen aus dem Standpunkt aus, den die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einnimmt. Zu den Vorgängen in der Partei erklärte er, wenn die Opposition, wie es jetzt scheint, ihre Zugehörigkeit zur Partei nur noch dazu missbraucht, die Organisation zu sprengen, dann sei der Zeitpunkt gekommen, dem Hörigen und Bürgern ein Ende zu machen, und denen, die aus Verbissenheit die Partei zerstören wollen, die Möglichkeit zu nehmen, sich als Mitglieder der deutschen Sozialdemokratie aufzuzeigen. Redner wandte sich dann gegen die Eroberungspolitik. In der Diskussion stimmten sämtliche Redner mit Ausnahme eines einzigen den Ausschreibungen des Referenten zu. Nachdrücklich wurde die Notwendigkeit betont, die Parteitätigkeit wieder stärker zu beleben. Einstimmig stand folgende Entschließung Annahme: „Die Landeskonferenz der württembergischen Sozialdemokratie, befreit von 150 Vertretern aus allen Teilen des Landes, erklärt ihr volles Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten. In dem Friedensangebot der Mittelmächte erblieb sie einen erneuten Beweis für die Richtigkeit der bisher von der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

verfolgten Politik, ihr Land zu verteidigen, solange die gegnerische Übermacht dessen Niederwurf beabsichtigt, aber den Frieden zu schließen, sobald unsere Grenzen gesichert und die Gegner zum Frieden bereit sind. Die kriegsverlängernden militärischen Pläne der deutschen Eroberungspolitiker lehnt sie als vollschädlich ebenso entschieden ab, wie sie die versiegten Absichten der Amerikanisten im gegnerischen Lager zurückweist. Sie fordert einen Frieden des Ausgleiches, der neben den Rechten und Interessen des deutschen Volkes den berechtigten Interessen der anderen Völker Rechnung trägt. Sie begrüßt die Note des Präsidenten Wilson als einen in der Richtung zu diesem Ziel liegenden Schritt. Auch für den Fall, daß die Halsstarrigkeit der feindlichen Staatsmänner das deutsch Volk zwingt, den Abwehrkampf mit größter Kräfteentfaltung fortzuführen, hält die Konferenz es für ein Gebot der Menschlichkeit, das mit den Interessen unseres eigenen Volkes deckt, die Friedensbereitschaft Deutschlands dauerhaft aufrecht zu erhalten, bis den Gegnern die Einsicht von der Unmöglichkeit ihrer Absichten kommt. Den Arbeitern der feindlichen Länder liegt die Pflicht ob, ihre Regierungen zur Friedensbereitschaft zu zwingen.“

Aus Nah und Fern.

Merkwürdige Betätigung einer Handelskammer. Wir lesen in den „Bürger Neuesten Nachrichten“: „Infolge einer Eingabe der Handelskammer zu Brandenburg sind nach einer Mitteilung des Oberkommandos in den Märkten die Gehälter der bei den königlichen Instituten in Potsdam beschäftigten, aus Brandenburg stammenden weiblichen Angestellten, die den ortsüblichen Säzen nicht entsprachen, herabgesetzt worden.“ — Die Brandenburger Handelskammer sorgt dafür, daß in dieser Zeit der Leuerung das Einkommen von Verbrauchern herabgelegt wird. Das ist eine höchst seltsame Art, den Handel zu fördern.

Ein Kriegsjährling betrügt eine Stadtgemeinde um 210 000 Mark! Aus Berlin berichtet das WTB: Ein Warenbetrug in Höhe von 210 000 Mark wurde gegen die Stadtgemeinde in Neukölln verübt. Der Vorsteher der Abteilung für Lebensmittelversorgung erhielt von einem ihm geschäftlich bekannten österreichischen Soldaten Sch. das Angebot von einem Waggon Blockwurst Holland, das später noch auf einen Waggon zerstört Spez. ausgeholt wurde. Der Magistratsbeamte kaufte beide Wagons, nachdem sich Sch. noch auf Oberleutnant H. und Kaufmann N. befreut hatte. Die Wagons sollten auf Militärschiff laufen und zum Verkauf fertig auf dem Bahnhof in Wachen stehen. Als sich die Ankunft verzögerte, fragte der Käufer in Wachen an, wo nichts von solchen Wagons bekannt war. Der Betrüger war nach dem Erhalt des Kaufpreises von 210 000 Mark verschwunden. — Die Vertraulichkeit des Magistratsbeamten erschwert uns etwas unbegreiflich.

Grubenunglück in Schlesien. Aus Lichtenau bei Lauban wird berichtet: Auf dem Rosenberg-Schacht der Untergesellschaft Glückauf ereignete sich gestern mittag ein Unglücksfall, indem durch Schwimmend ein Stollen zu Bruch ging. Dreie Bergleute wurden verletzt. Es ist möglich, daß sie alle drei, oder der eine oder andere noch am Leben sind, denn heute früh gegen 4 Uhr wurde ein Klopfen vernommen. Es wird eifrig gearbeitet, so daß Hoffnung besteht, ihnen zu Hilfe zu kommen.

Der Untergang in den Alpen. Seit dem 30. Dezember werden zwei jugendliche Wiener Touristen, Rudolf Jawadek und Otto Borusik, die einzigen Söhne zweier Witwen, die trotz mehrfacher Warnung eine Partie auf das Hochtor unternommen hatten, vermisst. Da die Suche ergebnislos verläuft, verflüchten sie wahrscheinlich im Schneesturm.

Großer Schneefall in Oberitalien. In ganz Oberitalien herrscht starker Schneefall, verschneitlich liegt der Schnee meterhoch. Die Verbindung mit Mailand ist unterbrochen.

Selbstmord eines russischen Obersten. Der russische Oberst Nikolai Selskiow, der im Auftrag der russischen Regierung Kriegsmaterial in England kaufen sollte, hat, dem „Globe“ zu folge, im Schlafwagen des Scotland Express Selbstmord begegangen. Nach den Äußerungen der englischen Presse, die diesen Fall mit großer Zurückhaltung behandelt, sieht der Selbstmord des Obersten mit Unterschlagungen bei den Lieferungsgeschäften in Zusammenhang.

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von F. M. Dostojewski.

„Kontakta.“

„Die schreiben alle so“, warf Kasumichin kurz ein.

„Hast du den Brief gelesen?“

„Ja!“

„Wir haben ihm denselben gezeigt, — wir haben schon darüber berichtet,“ begann Prinzessin Alexandronna verwirrt.

„Es ist ein völliger Verlust!“ bemerkte Kasumichin, „die Attentäpiche werden bis zum heutigen Tage alle so geschrieben.“

„Ach? Nun, er ist ja ein Attentäter“, ein Geschäftsmann — nicht, daß er auffallend unbeholfen geschrieben hätte, es ist aber auch nicht der Fall, daß er die Zuschrift sehr literaturgemäß verfaßt hätte; geschildert.“

Peter Petrowitsch macht kein Hehl daraus, daß er für Kurzmunzen unterrichtet hat, und er röhrt sich daran hoch, daß er sich selbst den Weg hat bahnen müssen, bemerkte Rosotja Romanowna, von dem neuen Ton ihres Bruders etwas verlebt.

Wenn er sich deinen röhrt, so hat er wenigstens etwas, dessen er sich röhnen kann — ich habe nichts dagegen! Du, liebe Schwester, findest beleidigt zu sein, daß ich über den ganzen Brief eine solche frivole Bewertung führe, du denktst, ich spreche absichtlich über solche Kleinigkeiten, um mit dir in Hader zu zerfallen. Im Gegenteil, mit mir an dem Stil eine Bewertung, die unter den obwaltenden Kriterien entzus nicht heden- tungslos ist, durch den Kopf gegangen. Es sind dies die Worte, daß „Ihr Euch selbst die Sache zuschreibt“ hast, „die doch deutlich und klar getagt sind“, außerdem noch die Drohung, daß er sofort gehen werde, wenn ich erscheine. Es ist eine Drohung, gehen zu wollen — ganz gleichbedeutend mit derjenigen, Euch beide verlassen zu wollen, na dem er Euch nach Petersburg gerufen hat. Wie denkt du nun: Das kann sich von diesem Ausdruck Lukins ebenso leicht fühlen, als wenn denselben dieser da sei wies auf Kasumichin oder Sotomow, oder sonst jemand von unseren Leuten geschrieben hätte?“

„Nein,“ antwortete Dunja ergetzt, „ich habe recht wohl begriffen, daß dies etwas zu mir klingt, daß er vielleicht nur kein Meister in der Stilisierung ist. Du hast dies gut herausgefunden, lieber Bruder; ich hätte es nicht einmal erwartet.“

„Es ist dies juristisch ausgedrückt, man kann sicherlich nicht anders sagen, es kann vielleicht größer als es kommen sollte! Und es ist auch noch etwas mehr ernüchternd; in dem Briefe ist noch eine Stelle: eine Verleumdung, die mir ist, und zwar eine ziemlich niedrige. Ich habe gestern jener Witwe das Geld gegeben, der Kranken und Verzweifelten, nicht „unter dem Vor-

wand, sie möge das Begräbnis davon bestreiten,“ sondern einfach eben für das Begräbnis, nicht habe ich es in die Hand der Toten gelegt, eines jungen Mädchens, wie er schreibt, von öffentlicher Führung — ich habe sie gestern zum erstenmal gesehen — sondern der Frau selbst. In dem allen erkenne ich nur das allzu ehrgeizige Streben, mich zu bejubigen und mit Euch in Vereinigung zu bringen. Es ist hier wiederum derlei juristische Stil, das heißt, er drückt sich mit allzu klarer Absicht und mit einer in der Tat naiven Besessenheit aus. Er ist ein sehr kluger Mann, aber um verständig zu handeln — ist es mit dem Verstand allein nicht genug? All das kennzeichnet den Mann, und — ich glaube nicht, daß er dich in der Tat sehr magt! Ich sage dir dies alles nur zu deiner Orientierung, da ich aufrichtig dir das beste wünsche.“

Dunja antwortete nicht; ihr Entschluß war längst gefaßt, sie wartete nur auf den Abend.

„Wie entscheidest du dich nun, Rosja?“ fragt Bulscheria Alexandronna, noch mehr beunruhigt von dem leidenschaftlosen, geschäftsmäßigen Tone der Rose ihres Sohnes.

„Was soll das heißen, wie ich mich entscheide?“

„Nun, Peter Petrowitsch schreibt doch, daß du nicht bei uns sein dürfst heute abend, daß er wieder fortgehen werde, wenn du erscheinst! Wie willst du es denn nun — halten?“

„Ich kann mich nicht bestimmmt entscheiden, dies steht zuerst bei Euch, wenn die Forderung Peter Petrowitschs Euch nicht von vornherein beleidigt, dann bei Dunja, wenn diese gleichfalls mich nicht verlegt führt. Ich werde tun, was Euch bestellt,“ schloß er ruhig.

„Dunja hat schon ihren Entschluß gefaßt, und ich bin völlig mit ihr einverstanden,“ beeilte sich Bulscheria Alexandronna zu sagen.

„Ich habe mich dafür entschieden, zuvor dich selbst zu fragen, Rosja, es ist unumgänglich notwendig, dich zu unserem Wiedersehen zu bitten,“ rief Dunja, „wirst du kommen?“

„Ich werde kommen.“

„Und Euch bitte ich gleichfalls um acht Uhr zu uns,“ wandte sie sich an Kasumichin, „Maminka, ich lade ihn gleichfalls ein!“

„Schön so, liebe Dunja; wie Ihr schon bestimmt habt,“ fügte Bulscheria Alexandronna hinzu, „so soll es geschehen. Mir selbst ist leichter ums Herz, ich weiß es nicht, mich zu verstellen und zu lügen, und besser ist dann schon, die Wahrheit ganz zu sagen; mag nun Peter Petrowitsch zurück oder nicht.“

4.

In diesem Augenblick öffnete sich leise die Tür und schüchtern um sich blidend trat ein junges Mädchen in das Gemach. Alle wendeten sich verwundert und erwartungsvoll nach demselben

um, Rastolnikow erkannte es nicht gleich auf den ersten Blick; es war Sofia Semjonowna Marmeladowa. Er hatte sie gestern zum erstenmal gesehen, aber bei einer Gelegenheit, in einem Zug, daß sich die Form ihrer Gesichtszüge seinem Gedächtnis ganz anders eingeprägt hatte. Jetzt sah sie, ein bescheidenes und fast ein düstergesichtiges Mädchen, noch sehr jugendlich und fast ein Kind, mit schüchternen, gemütlernen Bewegungen und offenem, fast ein wenig erschrockenem Gesicht. Sie trug ein sehr einfaches Kittelkleidchen, auf dem Kopf einen alten Hut von veralteter Schönheit, nur in der Hand hatte sie wie gestern einen Sonnenhut.

Als sie in unerwartet den Raum voller Menschen bemerkte, geriet sie nicht nur in Verwirrung, sondern vorlor vielmehr völlig die Fassung; sie wurde schüchtern wie ein Kind und machte logische Worte, sich wieder zurückzuziehen.

„Ah, Ihr seid es?“ begrüßte sie Rastolnikow in höchstem Staunen und geriet dabei selbst in Verwirrung.

Er vergebewütigte sich, daß seine Mutter und Schwester infolge des Lüchinschen Briefes über ein Mädchen von öffentlicher Führung, sofort erkennen mußten, worum es sich handle. Soeben noch hatte er gegen die Verleumdung Lukins protestiert und verdächtigt, daß er jenes Mädchen zum erstenmal gesehen — Es mußte plötzlich in seinem Quartier erscheinen. — Es fiel ihm auch ein, daß er ein wenig selbst gegen die Bezeichnung „öffentlicher Führung“ protestiert hatte; in einem Augenblick ging ihm dies durch den Kopf. Als er jedoch später ausführte, gewußte er, daß dieses Gesundheit da so elend war, daß es ihm mitselbig uns Herz ward. Als sie eine Gedanke machte, erschreckt wieder fortzusieben, da wandte sich etwas um in ihm.

„Ich habe Euch gar nicht erwartet,“ begann er, sie mit seinem Blick zurückhaltend, bleibt nur, und nehm Platz. Ihr kommt jedenfalls von Katharina Iwanowna; bitte, nicht hierher, dorthin!“

Beim Eintritt Sonjas war Kasumichin, welcher auf dem einen der drei Stühle Rastolnikows dicht neben der Tür lag, aufgestanden, um diese hereinzulassen. Zuerst hatte Rastolnikow ihr den Platz in der Sofaecke gewiesen, wo Sonja sonst lag, aber in der Erinnerung, daß dieses Sofa denn doch ein zu faulster Platz sei, und ihm auch als Bettstatt diente, beeilte er sich, sie auf den Suhl Kasumichins zu dirigieren.

„Sek du dich hierher,“ sagte er zu dem letzteren, ihn in die Ecke legend, wo Sotomow zu sitzen pflegte.

Sonja ließ sich nieder, vor Schred fast äthernd und sahen nach den beiden Damen blickend. Man sah deutlich, daß sie nicht begriff, wie sie sich neben jene setzen durfte, und in diesem Gedanken geriet sie so in Durst, daß sie plötzlich sich erhob und sich in größter Fassungslosigkeit an Rastolnikow wandte.

(Fortsetzung folgt.)

